

**Sperrfrist: Donnerstag, 18. Juni 2009, 18.00 h**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**R E D E**

**SEINER DURCHLAUCHT  
ERBPRINZ ALOIS VON UND ZU LIECHTENSTEIN**

**VOR VP BANK UND SOZIALFONDS**

**AM 18. JUNI 2009**

Sehr geehrte Damen und Herren

Zunächst möchte ich mich bei der VP Bank und dem Sozialfonds herzlich für die Einladung bedanken, heute zu Ihnen sprechen zu können. Zwar bin ich bezüglich Ansprachen bewusst zurückhaltend, diese Veranstaltung heute bietet mir aber eine gute Gelegenheit, einige mir wichtige Themen vor einer grossen Anzahl an Vertretern unserer kleineren und mittleren Unternehmen ansprechen zu können.

## **Die Wirtschaftskrise verlangt Reformen**

Wir stehen mitten in der grössten Wirtschaftskrise unseres bisherigen Wirtschaftslebens. Dadurch sind wir alle besonders gefordert, sei es auf staatlicher oder auf Unternehmensebene. Viele wünschen, die guten Zeiten wären besser genutzt worden, um sich auf die Krise vorzubereiten.

Als Unternehmer werden Sie aber wahrscheinlich die Erfahrung gemacht haben, dass es in guten Zeiten oft schwieriger ist, grundlegende Änderungen in Ihrem Unternehmen anzugehen und umzusetzen:

- Erstens wird die Notwendigkeit von Änderungen meist nur schwer verstanden – der momentane Erfolg scheint ja das Geschäftsmodell zu bestätigen.
- Zweitens wird in guten Zeiten häufig an der Grenze der Kapazitäten gearbeitet. Reformenvorhaben können nur zu Lasten von zusätzlichen Geschäftsmöglichkeiten oder gegen teure Überstunden erzielt werden.
- Drittens besteht vielfach Angst, dass Reformen anstelle Verbesserungen zu bringen den bisherigen Erfolg gefährden – es herrscht die Meinung „never change a winning team or a winning system“.

Trotzdem werden Sie vielleicht festgestellt haben, dass gerade die langfristig erfolgreichsten Unternehmen einen Prozess der ständigen Standortanalysen, Reformen und Verbesserungen kennen. Sie sind bereit, frühzeitig erfolgreiche Geschäftsmodelle zu ändern, sobald sie dies aufgrund sich ändernder Rahmenbedingungen für nötig erachten.

In einer Wirtschaftskrise sind solche Unternehmen in einer besonders vorteilhaften Situation. Da sie ihre „Hausaufgaben“ grossteils schon gemacht haben, wissen was zu tun ist, können schnell reagieren und die Krise als Chance wahrnehmen. Sie können Marktanteile gewinnen, günstige Investitionen tätigen und gestärkt aus der Krise heraus gehen.

Nicht ganz so erfolgreich sind jene Unternehmen, die zwar in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben und finanziell gesund sind, aber erst mit der Krise die Reformprozesse starten. Gehen sie diese schnell und konsequent an, meistern aber auch sie die Krise in der Regel gut.

Schwer tun sich jene Unternehmen, die entweder in der Krise nicht rechtzeitig die nötigen Schritte setzen oder die sich schon in den guten Zeiten finanziell nur schwer über Wasser halten konnten.

Die soeben für die Unternehmensebene beschriebenen Beobachtungen können auch auf der staatlichen bzw. volkswirtschaftlichen Ebene gemacht werden. Ein Wirtschaftsstandort, der seine Rahmenbedingungen nicht ständig den neuen Gegebenheiten entsprechend anpasst und weiterentwickelt, wird im globalen Standortwettbewerb bald einmal ins Hintertreffen geraten. Kommt es dann noch zu einer Krise, ist jener Standort besonders gefährdet, der nicht rechtzeitig die nötigen Reformen umgesetzt hat bzw. umsetzt.

Im Vorteil ist ausserdem jener Staat, der in guten Zeiten verantwortungsvoll mit den Einnahmen und Ausgaben umgegangen ist und entsprechend Mittel für die Überbrückung von schlechten Zeiten aufgebaut hat. Er kann antizyklisch investieren und nötige Reformen zur Reduktion der Ausgaben überlegt angehen.

Glücklicherweise sind wir noch in einer solchen vergleichsweise guten Position, die es uns erlaubt, gestärkt aus der Krise herauszukommen. Allerdings müssen wir aus mehreren Gründen nun schnell die nötigen Reformen angehen:

- Unsere Reserven sind ohne baldige Reformen schnell verzehrt.
- Politische Reformen brauchen ausserdem viel mehr Zeit als Reformen in einem Unternehmen.
- Wir befinden uns am Anfang einer Legislaturperiode. Die Erfahrung hat gezeigt, dass dies in einer Demokratie der optimale Zeitpunkt für grundlegende Reformen ist.

### **Wo sollten die Reformen auf staatlicher Ebene aber erfolgen?**

Es lassen sich sicherlich in fast allen Bereichen des Staates Verbesserungsmöglichkeiten finden. Wie im Unternehmen, sind auch beim Staat wohl die grössten Einsparungsmöglichkeiten bei den grössten Kostenblöcken zu finden. Wenn man den Staatshaushalt 2008 analysiert, sind dies vor allem folgende Bereiche:

- der Personalaufwand mit 196 Mio. SFR,
- die Finanzaufweisungen an die Gemeinden mit 171 Mio. SFR,
- der Bildungsbereich mit 148 Mio. SFR und
- die soziale Wohlfahrt, die inklusive dem Gesundheitsbereich auf 123 Mio. SFR kommt.

Wenn man die im Jahre 2008 verursachten Kosten der Poolanlagen aus dem Aufwand der laufenden Rechnung herausnimmt, machen diese Ausgabenblöcke zusammen fast 72% des Aufwandes aus.

### **Eine Verwaltungsreform ist nötig**

Um den Personalaufwand kurzfristig in den Griff zu bekommen, kann ein auch schon in der Vergangenheit praktizierter Anstellungsstopp helfen. Eine langfristige Lösung ist dies aber nicht. Ein länger anhaltender Anstellungsstopp birgt sogar die Gefahr, dass für die Zukunft wichtige Besetzungen unterbleiben. Langfristig kann der Personalaufwand nur durch Verwaltungsreformen reduziert werden, die Ineffizienzen beseitigen und erlauben, dieselbe Arbeit zu geringeren Kosten zu erledigen.

Schaut man sich die Verwaltung an, so fällt einem auf, dass in den letzten Jahren die Anzahl an Amts- und Stabstellen erheblich zugenommen hat. Dies hat sicherlich vielfach seine Berechtigung und teilweise sind wir aufgrund internationaler Vorgaben dazu verpflichtet, in gewissen Bereichen separate Einheiten zu errichten.

Trotzdem wäre es meiner Ansicht nach wert, einmal ganz grundsätzlich, frei von persönlichen und parteipolitischen Rücksichtnahmen, die Organisationsstrukturen der Verwaltung zu hinterfragen. Denn die Erfahrung - nicht zuletzt auch auf Unternehmensebene - zeigt, dass jede Einheit den Drang hat, sich zu vergrössern. Je mehr zusätzliche Verwaltungseinheiten bestehen, desto mehr verstärkt sich aber auch dieser Trend beim Staat.

In den letzten Jahren wurde in einigen Bereichen der Verwaltung eine Kostenleistungsrechnung eingeführt. Die Wirtschaft hat es vorgemacht, dass durch eine bessere Messung und Auswertung der Kosten und erbrachten Leistungen, Effizienzgewinne realisiert werden können. Dazu ist es aber notwendig, dass auf der richtigen Ebene Entscheidungsträger die entsprechenden Schlüsse aus den Analysen ziehen können und die Kompetenz haben, diese auch umzusetzen.

### **Die Reform der Finanzausweisungen an die Gemeinden ist zum Glück schon erfolgt**

Bei den Finanzausweisungen an die Gemeinden sind zum Glück noch in der letzten Legislaturperiode die richtigen Reformen erfolgt. Ausserdem stehen die Gemeinden sogar bei einem Rückgang der Finanzausweisungen international noch hervorragend da, wenn wir deren durchschnittliche Finanzausstattung mit jener in anderen Staaten vergleichen. Wenn wir dann noch berücksichtigen, wie üppig das Leistungsangebot unserer Gemeinden im internationalen Vergleich ist, dann sollten wir uns selbst in Krisenzeiten keine Sorgen um die Gemeinden machen müssen.

### **Eine Bildungsreform durch mehr Autonomie und Bildungskonten**

Die zuvor bereits erwähnte Einführung der Kostenleistungsrechnung würde auch helfen, die Effizienz im Bildungsbereich zu verbessern, vor allem wenn gleichzeitig die Schulleitungen die nötigen Kompetenzen in Personal- und Finanzfragen erhalten, um die durch die Kostenleistungsrechnung gewonnenen Erkenntnisse umsetzen zu können. Damit können das Bildungsangebot verbessert und längerfristig vielleicht auch die Kosten gesenkt werden. Wie dies am besten erfolgt, möchte ich im Folgenden näher ausführen.

Die Schulen und Schulleitungen müssen wir auf ihre neuen Kompetenzen und Aufgaben bzw. ihre Autonomie entsprechend vorbereiten. Dabei können Sie als Unternehmer einen wichtigen Beitrag leisten, da solche autonomen Schulen untereinander ähnlich wie Unternehmen im Leistungswettbewerb stehen werden. Neben bestem pädagogischem Know-how brauchen sie daher noch andere Fähigkeiten wie:

- das richtige Kommunizieren des Schulangebotes an Schüler, Eltern und die interessierte Öffentlichkeit,
- das Organisieren eines optimalen Schulbetriebes, der voll auf die Bedürfnisse der „Kunden“, d.h. der Schüler und Schülerinnen sowie deren Eltern, ausgerichtet ist, und

- das genaue Erfassen, wie die Schnittstellen zu den weiterführenden Schulen oder in die Betriebe zum Wohle der Schüler und Schülerinnen am besten abgestimmt werden.

Dazu wäre es sinnvoll, wenn die einzelnen autonomen Schuleinheiten unterstützende Beiräte, Stiftungs- oder Aufsichtsräte erhalten, die unterschiedliche Fähigkeiten einbringen. Neben Pädagogen werden speziell auch Experten mit unternehmerischer Erfahrung gefragt sein, die etwas vom Wettbewerb und den damit verbundenen Kommunikations- und Organisationsaufgaben verstehen sowie von der Praxis her genau wissen, welche Fähigkeiten im Arbeitsleben besonders gefragt sind. Wenn die Unternehmer sich für solche Aufgaben zur Verfügung stellen, können sie einen wichtigen Dienst für den Nachwuchs tätigen.

Um den Leistungswettbewerb zwischen autonomen Schulen zu erleichtern, sollten wir zusätzlich die staatliche Finanzierung der Bildung umstellen, und zwar von einer direkten Finanzierung der Schulen hin zu einer Finanzierung der Schüler und Schülerinnen durch Bildungskonten.

Am besten richten wir für jede Person bei deren Geburt ein Bildungskonto ein, das sie bis zu ihrem Lebensende behält. Auf dieses Konto erfolgen entsprechende staatliche Gutschriften, deren Höhe je nach Lebensabschnitt unterschiedlich ist und die nur an staatlich anerkannte Bildungseinrichtungen oder Bildungskurse überwiesen werden können.

Eine Finanzierung der Schulen über Bildungskonten brächte viele Vorteile gegenüber dem heutigen System:

1. Das heutige Zweiklassensystem, indem nur die finanziell gut Gestellten auf Privatschulen im In- und Ausland ausweichen können, könnte beseitigt werden.
2. Durch den Einbezug der Privatschulen sowie der Schulen im Ausland, könnte ein intensiverer Leistungswettbewerb der Schulen zum Wohle der Schüler erreicht werden.
3. Die Bildungskonten könnten auch für den Besuch von Kindertagesstätten und den Einsatz von Tagesmüttern benutzt werden. Dadurch würden schnell und unbürokratisch auf die Vielzahl der unterschiedlichen Bedürfnisse ausgerichtete Angebote entstehen.
4. Wir könnten eine Gleichbehandlung von Lehrlingen und Gymnasiasten erreichen, indem wir den Lehrlingen eine gleich hohe Gutschrift überweisen. Wenn die Lehrlinge nicht die gesamte Gutschrift für die Berufsschulen aufbrauchen, könnten sie diese teilweise für die heute von den Lehrmeistern zu tragenden Verbandskurse, Grundschulungskurse und überbetrieblichen beruflichen Fachkurse einsetzen und damit die Lehrmeister entlasten. Wenn dadurch die Kosten der Lehre für die Lehrmeister gesenkt werden, würde vielleicht auch das Anbieten von Lehrstellen wieder attraktiver. Wenn darüber hinaus noch Teile der Gutschriften übrig bleiben würden, könnten diese für eine spätere Weiterbildung eingesetzt werden wie z.B. für die Berufsmatura.
5. Auch die Erwachsenenbildung könnten wir durch die Einführung von Bildungskonten stärken, da diese einen wesentlich stärkeren Anreiz zur immer wichtiger werdenden Weiterbildung geben. Wenn jeder Bürger weiss, dass er ein Guthaben zur Weiterbildung hat, das verfällt, wenn es ungenutzt bleibt, wird er sich viel eher weiterbilden als heute. Dadurch werden vor allem auch jene stärker angesprochen, die bis jetzt kaum Weiterbildung betreiben, es aber wahrscheinlich am Nötigsten bräuchten.

## **Eine Reform der Gesundheits- und Altersvorsorge durch Ausbau der Eigenverantwortung**

Im Bereich der sozialen Wohlfahrt stechen vor allem die Ausgaben für die Gesundheit hervor. Der Bereich Gesundheit plus die Staatsbeiträge für Krankheits- und Unfallversicherung machen allein 95 Mio. SFR aus. Dabei müsste man für die Unternehmen wie auch den Einzelnen noch die obligatorischen Krankenkassenprämien der Versicherten in der Höhe von 76 Mio. SFR hinzurechnen, denn diese sind letztlich auch vom Staat veranlasste Sozialabgaben, auch wenn sie nicht wie in einigen anderen Staaten direkt aus dem Steuertopf berappt werden.

Wenn wir uns noch den starken Zuwachs der Gesundheitsausgaben in den letzten Jahren vor Augen führen, dann wird deutlich, dass wir um eine baldige grundlegende Reform des Gesundheitssektors nicht herumkommen. Eine solche grundlegende Reform kann nur erfolgreich sein, wenn wir die Eigenverantwortung der Versicherten beträchtlich erhöhen. Sämtliche Analysen des Gesundheitssektors bestätigen, dass man nur so die Kostenspirale in den Griff bekommen kann.

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim zweitgrössten Block der sozialen Wohlfahrt: der Altersvorsorge. Allein die Landesbeiträge zu AHV sowie zu den Alters- und Pflegeheimen kommen im Jahr 2008 auf 50 Mio. SFR. Auch hier müsste man für die Unternehmen wie auch den Einzelnen zumindest noch einen Teil der Zahlungen an die obligatorischen betrieblichen Pensionsversicherungen hinzurechnen, denn die Zahlungen der AHV allein sichern heute nicht mehr das Existenzminimum im Alter.

Bei der Altersvorsorge werden wir uns daher auch Gedanken machen müssen, wie wir durch ein Pensionssystem, das mehr auf Eigenverantwortung setzt, einerseits den Staatshaushalt entlasten und andererseits Altersarmut effizient verhindern.

## **Baldiges Umsetzen von Projekt Futuro, Steuerreform und der Liechtenstein Deklaration zur Verbesserung der Rahmenbedingungen**

Wie beim Unternehmen so denkt man auch beim Staat in Krisenzeiten zuerst an ein Kürzen der Ausgaben. Dies ist auch richtig. Allerdings sollte man trotzdem auch darüber nachdenken, wie die Einnahmen in Zukunft gesichert und die Steuerzahler gleichzeitig möglichst entlastet werden können. Dies gelingt vor allem, wenn gute Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Diesbezüglich ist Liechtenstein in einer guten Ausgangsposition. Unsere Rahmenbedingungen sind im internationalen Vergleich immer noch sehr attraktiv und wir haben mit den verschiedenen „Futuro-Initiativen“ und der ausgearbeiteten Steuerreform weitere Verbesserungen in der Schublade, die wir nur teilweise noch umsetzen müssen.

Andererseits befinden wir uns vor allem bezüglich des Finanzplatzes in einem schwierigen Transformationsprozess, bei dem bei vielen noch Unsicherheit besteht, ob in diesem Bereich weiterhin attraktive Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen werden. Ich bin mir sicher, dass dies der Fall sein wird, wenn wir jetzt konsequent den Weg gehen, den das Projekt Futuro, die Steuerreform und die Liechtenstein Deklaration zum Finanzplatz vom 12. März vorgezeichnet haben.

Wir sollten diesen Weg zwar nicht überhastet, aber doch zügig gehen, damit wir für unsere Kunden und Unternehmen im Finanzdienstleistungsbereich möglichst bald die so wichtige Rechts- und Planungssicherheit wieder bieten können. Diese neuen Rahmenbedingungen verbunden mit den teilweise noch gar nicht ausgeschöpften Möglichkeiten, die der EWR bietet, sollten auch unseren Finanzdienstleistungsunternehmen und damit indirekt vielen anderen liechtensteinischen Unternehmen eine gute Zukunft sichern.

Wer im Staat ist aber für die Gestaltung der Rahmenbedingungen und für Reformvorhaben verantwortlich? Sind es nur die Politiker? Nein. In einem Staatssystem, wie dem unsrigen mit vielen direktdemokratischen Einrichtungen und direkten Wegen zu den Politikern, ist jeder Einzelne dazu aufgerufen, sich für den Staat und gute Rahmenbedingungen einzusetzen. Er kann die Politiker ermuntern Reformen anzugehen oder sie entmutigen oder einbremsen.

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerade als Unternehmer können Sie einen wichtigen Beitrag für eine gute Zukunft unseres Landes leisten. Sie sind gewohnt Verantwortung zu übernehmen, insbesondere für die soziale Absicherung und die Ausbildung Ihrer Mitarbeiter. Sie sind gewohnt auf jene Eigenverantwortung zu setzen, die wir in Zukunft auch auf Staatsebene wieder vermehrt brauchen, um den Staat und unsere sozialen Einrichtungen finanziell gesund zu halten. Helfen sie mit, die Zukunft unseres Landes zu gestalten.